

MEDIENMITTEILUNG DER VERHANDLUNGSGEMEINSCHAFT BUNDESPERSONAL (VGB)

Das Lohnsystem des Bundes wieder ins Lot bringen

Gestützt auf einen externen Bericht sieht der Bundesrat insbesondere bei der Lohnentwicklung, den Ortszulagen und Prämien Handlungsbedarf. Die VGB fordert bei Korrekturen am Lohnsystem genug finanzielle Mittel, keine Umverteilung von unten nach oben und gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Der Bericht zum Lohnsystem bestätigt die Kritik der VGB-Verbände an der Senkung der Lohnentwicklung, welche seit 2016 gilt und zur Ungleichbehandlung der Angestellten führt. Da braucht es Korrekturen. Die VGB will jedoch keinen Ausbau von Boni-Systemen.

Der Expertenbericht und der Bundesrat bestätigen die Einschätzung der Personalverbände PVB, Garanto, VPOD und PV Fedpol, wonach das Lohnsystem der Bundesverwaltung funktioniert und nicht kostentreibend ist.

Bei Änderungen am Lohnsystem verlangt die VGB, dass folgende Grundsätze beachtet werden: es sollen genug Mittel zur Verfügung stehen und diese müssen fair verteilt werden, damit es nicht zu Lohnkürzungen und einer Umverteilung von unten nach oben kommt. Zudem soll die Lohngleichheit beachtet und dank Transparenz bei der Lohneinreihung und einem zentralen Controlling überprüft werden.

Die Senkung des leistungsbasierten Stufenanstiegs führt seit 2016 zu stark unterschiedlicher Lohnentwicklung und Ungleichbehandlung von Mitarbeitenden. Es braucht dringend eine Korrektur, damit die Lohnentwicklung wieder ins Lot kommt.

Die Ortszulagen haben in den unterschiedlichen Lebenshaltungskosten ihre Berechtigung und sind ein fester Lohnbestandteil. Eine Abschaffung würde insbesondere bei tiefen Lohnklassen zu einer massiven Lohnkürzung führen. Boni-Modelle sollen nicht ausgebaut werden.

Die VGB wird ihre Haltung in die Verhandlungen mit dem Finanzdepartement über die Änderung des Lohnsystems einbringen.